



PRESSE

BayernSPD Landtagsfraktion

Pressegespräch

mit

Horst Arnold, MdL,
Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion

11. Mai 2021, 11.00 Uhr,
Pressekonferenzraum 211 im Bayerischen Landtag und online

SPD-Fraktion fordert bayerisches Aktionsprogramm für starke Kinder und Jugendliche nach der Corona-Krise

In Kürze:

- Die Corona-Pandemie hat das Leben von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in den vergangenen Monaten stark eingeschränkt und belastet.
- Die Bundesregierung hat deshalb am 5. Mai 2021 ein Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ in Höhe von zwei Milliarden Euro für die Jahre 2021 und 2022 auf den Weg gebracht.
- Das Bundesprogramm soll dazu beitragen, Lernrückstände abzubauen, frühkindliche Bildung zu fördern, Ferienfreizeiten und außerschulische Angebote zu ermöglichen sowie Kinder und Jugendliche im Alltag und in der Schule zu begleiten und zu unterstützen.
- Die BayernSPD-Landtagsfraktion hatte die bayerische Staatsregierung in den vergangenen Monaten immer wieder dazu aufgefordert, auch im Freistaat eine Offensive für Kinder und Jugendliche zu starten – das zögerliche Handeln der Regierungskoalition halten wir für fatal!
- Bayern steht nun in der Pflicht, die Bundesmittel zügig in die Umsetzung bringen, das Bundesprogramm wo nötig durch eigene Landesmittel und -initiativen zu ergänzen (statt – wie in der Vergangenheit zum Teil geschehen – Landesmittel zu kürzen, nachdem die Bundesmittel erhöht wurden!) und sich nicht mehr nur auf Ankündigungen und symbolische Maßnahmen zu beschränken.
- Kurzum: Es ist höchste Zeit, dass die Staatsregierung – anknüpfend an das Bundesprogramm – ein bayerisches Aktionsprogramm in Höhe von zunächst 300 Mio. Euro für starke Kinder und Jugendliche nach der Corona-Krise auf den Weg bringt (150 Mio. zum Abbau von Lernrückständen, 75 Mio. für die frühkindliche Bildung und 75 Mio. für außerschulische Angebote bzw. Unterstützung im Alltag)!
- Kernpunkte sind dabei unter anderem:
 - ❖ ein konkretes Förderkonzept für Bayerns Schülerinnen und Schüler und eine Anpassung der Leistungserhebungen,
 - ❖ eine individuellere Unterstützung von Kita-Kindern (insbesondere von Kindern aus belasteten Familienverhältnissen, mit (drohender) Behinderung oder mit

Sprachproblemen) sowie eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Kita-Personal,

- ❖ eine verlässliche Unterstützung der Ferienprogramme für Kinder und Jugendliche (für das gesamte nächste Schuljahr) sowie der weiteren Angebote und Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit und
- ❖ eine deutliche Stärkung der Mehrgenerationenhäuser, die zu einem unverzichtbaren Bestandteil der sozialen Infrastruktur geworden sind.

1. Hintergründe zum Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ des Bundes

- Das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ des Bundes ist mit zwei Milliarden Euro für die Jahre 2021 und 2022 ausgestattet.
- Das Bundeskabinett hat es am 5. Mai 2021 auf den Weg gebracht, federführend sind das Bundesfamilienministerium und das Bundesbildungsministerium.
- Das Programm (auch bekannt als „Corona-Aufholpaket“) besteht aus vier Säulen:

- **Erstens: Lernrückstände abbauen (1 Mrd. Euro)**

Mit den vom Bund zur Verfügung gestellten Mitteln führen die Länder in den Sommerferien Sommercamps und Lernwerkstätten durch, ab dem neuen Schuljahr gibt es unterrichtsbegleitende Fördermaßnahmen in den Kernfächern.

- **Zweitens: Frühkindliche Bildung fördern (150 Mio. Euro)**

Die Sprachförderung in Kitas wird um 100 Mio. Euro aufgestockt, besonders belastete Familien mit kleinen Kindern (unter drei Jahren) erhalten niedrigschwellige Unterstützungsangebote – hierfür wird die Bundesstiftung Frühe Hilfen mit 50 Mio. Euro zusätzlich gefördert.

- **Drittens: Ferienfreizeiten und außerschulische Angebote ermöglichen (530 Mio. Euro)**

Es werden mehr Angebote für Ferienfreizeiten, Begegnungen und Bewegung geschaffen (50 Mio. Euro), gemeinnützige Familienferienstätten werden unterstützt, um Familien mit kleinen Einkommen Familienferienzeiten zu ermöglichen (50 Mio. Euro), die Länder erhalten Mittel, um günstige Ferien- und Wochenendfreizeiten sowie Jugendbegegnungen zu ermöglichen (70 Mio. Euro), der Abbau von Lernrückständen wird durch außerschulische Angebote flankiert (50 Mio. Euro), die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt wird als zentrale

Anlaufstelle für das Engagement von Kindern, Jugendlichen und Familien gestärkt (30 Mio. Euro), Mehrgenerationenhäuser werden gestärkt (10 Mio. Euro).
Und: Bedürftige Familien erhalten im August 2021 einen Kinderfreizeitbonus in Höhe von einmalig 100 Euro je Kind, der für Ferien-, Sport- und Freizeitaktivitäten eingesetzt werden kann (270 Mio. Euro).

- **Viertens: Kinder und Jugendliche im Alltag und in der Schule begleiten und unterstützen (320 Mio. Euro)**
- Im Rahmen der „Aktion Zukunft“ sollen die sozialen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden. Dabei helfen Mentorinnen und Mentoren, die junge Menschen in Sommercamps und an Schulen unterstützen. Darüber hinaus sollen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, Studierende und Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen sowie Freiwilligendienstleistende zum Einsatz kommen.
- Im Rahmen des Corona-Aufholpakets werden also bestehende Programme ausgeweitet, Kinder aus Familien mit kleinen Einkommen gezielt unterstützt und die Länder erhalten zusätzliche Mittel für die Förderung von Kindern und Jugendlichen (genaue Modalitäten folgen).

2. Konsequenzen und politische Forderungen für Bayern

- Mit seinem Aktionsprogramm unternimmt der Bund essentielle Weichenstellungen, um Kinder und Jugendliche nach der Pandemie zügig wieder zu stärken und sie in ihrem Lebensalltag zu unterstützen – nicht nur in Kitas und Schulen, sondern auch darüber hinaus!
- Aber: Das genügt nicht – die Länder müssen mit- und nachziehen!
- Bayern steht nun also in der Pflicht,
 - die Mittel zügig in die Umsetzung zu bringen – sie müssen schnell und effizient dort ankommen, wo sie gebraucht werden!
 - überall wo nötig, das Bundesprogramm durch eigene Landesmittel und -initiativen zu ergänzen (und keinesfalls – wie in der Vergangenheit in anderen Bereichen zum Teil geschehen – Landesmittel zu kürzen, nachdem die Bundesmittel erhöht wurden!),
 - sich nicht mehr nur auf Ankündigungen und symbolische Maßnahmen zu beschränken.

- Aktueller Stand in Bayern:
 - o Die Staatsregierung fokussiert sich derzeit vor allem auf die akute Krisenbewältigung in Kitas und Schulen – allerdings mehr schlecht als recht: Die mangelhafte Informationspolitik der Ministerien, die geringen Vorlaufzeiten beim Wechsel von Distanz- und Wechselunterricht, das koalitionsinterne Gerangel um Grenzwerte in Schulen, die Weigerung der Staatsregierung, kindgerechte Corona-Tests in Kitas einzusetzen und die aktuell zum Teil extrem hohen Inzidenzen bei jungen Menschen verunsichern alle Beteiligten.

Siehe hierzu u. a.:

SPD-Antrag 18/14996 vom 9. April 2021: Kita-Kinder in Teststrategie einbeziehen – kindgerechte Lösungen anbieten,
<https://bayernspd-landtag.de/workspace/media/static/antrag-kitatests-6089151d2a120.pdf>.

SPD-Dringlichkeitsantrag 18/15570 vom 5. Mai 2021: Sofortiges Sonderimpfprogramm für junge Menschen,
http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000010000/0000010065.pdf.

- o Die bisher von der Staatsregierung vorgelegten Unterstützungskonzepte und -maßnahmen für die Zeit „nach“ Corona reichen aber ebenfalls nicht aus! Pressewirksame Aktionen wie die (längst überfällige) Kinder- und Jugendkonferenz vom 8. März 2021 scheinen Ministerpräsident Söder wichtiger zu sein, als sich kontinuierlich um Kinder, Jugendliche und Familien zu kümmern.
- o Auf diese Defizite im Sozial- und Bildungsbereich haben wir als SPD-Landtagsfraktion bereits von Beginn der Pandemie an immer wieder hingewiesen und konkrete Vorschläge vorgelegt, in den Fachausschüssen wie auch im Plenum des Landtags (dort u. a. in der Aussprache bzw. den Dringlichkeitsanträgen zu den Corona-Regierungserklärungen sowie in einer eigens von der SPD-Fraktion initiierten Aktuellen Stunde zur Situation von Kindern und Jugendlichen am 4. Februar 2021).

Eckpunkte eines bayerischen Aktionsprogramms für starke Kinder und Jugendliche nach Corona mit einem Volumen von zunächst 300 Mio. Euro (gemäß Königsteiner Schlüssel) sollten nach Ansicht der BayernSPD-Landtagsfraktion demnach sein:

- **Zur Stärkung der ersten Säule „Lernrückstände abbauen“ (150 Mio.):**
 - Es braucht ein konkretes Förderkonzept für die Schülerinnen und Schüler in Bayern, mit dem sichergestellt wird, dass in den nächsten Schuljahren die pandemiebedingten Defizite für alle Schülerinnen und Schüler erfasst, bearbeitet und behoben werden! Grundlage eines solchen Förderkonzepts müssen systematische Leistungsstanderhebungen mit anschließender individueller Beratung sein.
 - Die SPD-Landtagsfraktion hatte dies zuletzt im Dringlichkeitsantrag 18/15086 vom 14. April 2021 Chancengleichheit herstellen – Konkretes Förderkonzept für die Schülerinnen und Schüler in Bayern umgehend vorlegen eingefordert: http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000009500/0000009772.pdf.
 - Wir sagen hier auch ganz deutlich: Es darf nicht am Ende alles auf Einzel-Nachhilfe hinauslaufen! Die Fachleute sind sich einig, dass der Abbau von Lerndefiziten und -ungleichheiten vor allem durch das System Schule zu leisten ist.
 - Außerdem halten wir es für dringend notwendig, die Leistungserhebungen für alle Schülerinnen und Schüler anzupassen – auch für das gesamte nächste Schuljahr – und mehr individualisierte Prüfungen zu ermöglichen. Das heißt: weniger schriftliche Prüfungen, mehr frei wählbare Leistungsformen und mehr neue Leistungsformen wie Portfolios (siehe Dringlichkeitsantrag 18/14378 vom 5. März 2021: Mehr individualisierte Prüfungen - Leistungserhebungen für alle Schülerinnen und Schüler anpassen, http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000009000/0000009353.pdf).
- **Zur Stärkung der zweiten Säule „Frühkindliche Bildung fördern“ (75 Mio.):**
 - Die individuelle Förderung der Kinder muss auch und gerade im Kita-Bereich im Mittelpunkt stehen! Der Bund geht hier mit der verstärkten Sprachförderung und dem Ausbau der Unterstützungsangebote für Kinder aus besonders belasteten Familien ganz wichtige Schritte (siehe oben), die von bayerischer Seite unbedingt flankiert werden müssen! Darüber hinaus hatten bspw. auch Kinder mit (drohender) Behinderung stark unter der Pandemie zu leiden und sollten verlässlich individuell unterstützt werden.
 - Insgesamt krankt die Situation in den bayerischen Kitas nach wie vor an den ungenügenden Rahmenbedingungen. Für uns als SPD-Fraktion steht fest: Hohe Bildungs- und Betreuungsqualität kann nur mit guten Arbeits- und Rahmen-

bedingungen für das pädagogische Personal gelingen! Seit Jahren schneidet Bayern hier im Bundesländervergleich schlecht ab, der Personalschlüssel ist und bleibt alles andere als kindgerecht (siehe bspw. Ländermonitor der Bertelsmann-Stiftung).

- Daher erneuern wir – gerade mit Blick auf die Post-Corona-Phase – unsere Forderung aus den Haushaltsberatungen 2021: Es braucht endlich einen großen Wurf – mit mehr finanzieller Unterstützung (siehe Haushaltsantrag 18/13617 vom 12. Februar 2021: Für einen großen Wurf – mehr Qualität in bayerischen Kitas, http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000008500/0000008991.pdf).
- **Zur Stärkung der dritten Säule „Ferienfreizeiten und außerschulische Angebote ermöglichen“ sowie der vierten Säule „Kinder und Jugendliche im Alltag und in der Schule begleiten und unterstützen“ (75 Mio.):**
 - Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der Bayerische Jugendring vom Kultusministerium beauftragt wurde, zusätzliche Angebote für Kinder und Jugendliche in den bayerischen Pfingst-, Sommer- und Herbstferien 2021 zu koordinieren und hierzu inzwischen das „BJR-Ferienportal“ online gegangen ist. Gerade der BJR kann hier mit seiner Expertise eine zentrale Anlaufstelle sein!
 - Wichtig ist aber, dass die Akteure der Jugendarbeit dabei vom Freistaat auch die nötige Unterstützung erhalten, um überall in Bayern – in Stadt wie Land – sowie für alle Altersgruppen gute Angebote bereitstellen zu können. Wünschenswert wäre zudem eine frühzeitige Verlängerung des Programms für das gesamte Schuljahr 2021/2022.
 - Und: Gerade jetzt ist es von herausragender Bedeutung, die vorhandenen Strukturen der Jugend(verbands)arbeit in Bayern insgesamt zu stärken und Fachprogramme wie die „Schulbezogene Jugendarbeit“ nachhaltig zu fördern (siehe hierzu SPD-Haushaltsantrag 18/13615 vom 12. Februar 2021: Mehr Geld für die Jugendarbeit in Bayern, http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000008500/0000008976.pdf).
 - Bayern sollte auch darüber hinaus außerschulische Angebote sowie Angebote zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen im Alltag weiter ausbauen und damit die in Säule 3 und 4 des Bundesprogrammes genannten Ansätze kraftvoll flankieren. Wichtig ist dabei, die finanziellen Mittel zu verstetigen und nachhaltige Strukturen zu schaffen – keine kurzzeitige Stellenaufstockung. Die Angebote sollten auch darauf abzielen, Kindern und Jugendlichen mehr Möglichkeiten zur politischen und gesellschaftlichen Teilhabe zu geben.

- Ein ganz zentrales Anliegen der SPD-Landtagsfraktion ist zudem – bereits seit vielen Jahren – die Stärkung der Mehrgenerationenhäuser.

Diese führen Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen generationenübergreifend zusammen und machen Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien. Sie arbeiten dabei mit Schulen, Freizeiteinrichtungen und Sportvereinen zusammen. Damit sind sie zu einem unverzichtbaren Bestandteil der sozialen Infrastruktur geworden und werden dankenswerterweise im Rahmen des Corona-Aufholpakets des Bundes nun noch stärker gefördert.

Der Freistaat Bayern erstattet hingegen bislang lediglich finanzschwachen Kommunen oder Kommunen, die vor besonderen demografischen Herausforderungen stehen, auf Antrag 5.000 Euro jährlich – damit ist der Anteil Bayerns seit Jahren gleichbleibend niedrig.

Angesichts der Pandemie und ihrer enormen Herausforderungen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sollte sich die Staatsregierung nun endlich von ihrer Minimalengagement-Politik in diesem Bereich verabschieden, damit die Angebote von generationenübergreifenden Anlaufstellen für mehr Menschen und in größerem Umfang als bisher zur Verfügung stehen (siehe hierzu SPD-Haushaltsantrag 18/13612 vom 12. Februar 2021: Mehrgenerationenhäuser als Orte der Begegnung stärken,

http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000008500/0000008979.pdf).